



BN- Aktuell

Nürnberg, im Januar 2008

Gentechnikgesetzesnovelle von Agrarminister Seehofer und dem Bundeskabinett nicht ausreichend, um gentechnikfreie Natur und Landwirtschaft zu sichern

Bund Naturschutz sieht großen Ergänzungsbedarf bei der Gentechnik-Gesetzesnovelle

In Bayern hat sich in den letzten Jahren die größte Widerstandsbewegung in der städtischen und ländlichen Bevölkerung gegen die schleichende Belastung der Nahrung mit gentechnisch veränderten Bestandteilen herausgebildet. So liegen 42 der 164 bundesdeutschen Initiativen für gentechnikfreie Regionen in Bayern und umfassen mit 485.000 Hektar (ha) 15 % von Bayerns landwirtschaftlich genutzter Fläche (3,25 Mio. ha). Unter den bundesweit mehr als 100 Kommunalparlamenten in Gemeinden und Landkreisen, die sich inzwischen gegen Gentechnik positioniert haben, befinden sich 20 in Bayern, darunter die Landeshauptstadt München.

Der Bund Naturschutz sieht mit Sorge, dass die Novellierung des deutschen Gentechnikgesetzes (GenTG) den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und Natur nicht gewährleisten wird, sollte der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen forciert werden.

Den vom Bundeskabinett am 8.8.07 beschlossenen Gesetzentwurf bewertet der Bund Naturschutz kritisch und fordert Bundesrat und Bundestag auf, entscheidende Verbesserungen vorzunehmen. Insbesondere muss ein Recht der Bundesländer aufgenommen werden, regionale Schutzvorschriften für den gentechnikfreien Anbau zu erlassen.

Die guten Nachrichten zuerst:

Dank des breiten Widerstands zahlreicher Umwelt-, Landwirtschafts- und Verbraucherverbände gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen wurde erreicht,

- **dass der Haftungsanspruch für die herkömmliche Landwirtschaft nicht ausgehebelt werden soll.** Ursprünglich war geplant, einen rechtsrelevanten Begriff im Paragraph 36 a, der die Haftungstatbestände beschreibt, zu streichen. Dies wurde im vorliegenden Entwurf nicht realisiert.
- **dass das Standortregister öffentlich zugänglich bleiben soll.** Der allgemein zugängliche Teil des Standortregisters umfasst bisher den GVO, die Gemarkung und das Grundstück der Freisetzung und des Anbaus sowie die Flächengröße. Dies soll so bleiben.

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Der Gesetzentwurf hat aber gravierende Mängel:

Haftung:

Der BN hält es für zwingend notwendig, dass die Haftungsregelung bei jeglicher GVO-Verunreinigung greifen muss. Diesem Tatbestand wird im Gesetzentwurf nicht Rechnung getragen, statt dessen wird auf den in der EU-Kennzeichnungsverordnung für gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel genannten Kennzeichnungs-Schwellenwert von 0,9 % GVO-Anteil als Entschädigungsgrenzwert verwiesen. Der BN warnt davor, diesen Kennzeichnungsschwellenwert, der nur für zufällig und technisch nicht vermeidbare Verunreinigungen gilt, zu benutzen, um eine GVO-Kontamination bis zu 0,9 % generell zu tolerieren. Bei der jetzt geplanten Regelung muss der geschädigte Landwirt seinen Anspruch vor Gericht einklagen, wenn seine Produkte unterhalb des Schwellenwertes verunreinigt wurden.

Abstände

Der Mindestabstand für Gentech-Mais zu konventionellem Mais soll 150 Meter und zu biologischem 300 Meter betragen. Diese Werte sind aber unzureichend, da sich damit eine Verunreinigung der Ernten nicht verhindern lassen wird. Zudem fehlen Abstände bzw. Ausschlusskriterien für andere Pflanzenarten, zu Saatgutflächen und Naturschutzgebieten.

Unterschiedliche Werte für die konventionelle gentechnikfreie und die biologische Landwirtschaft festzulegen ist nicht akzeptabel. Der BN hält zur Vorsorge als Richtwert mindestens 1000 Meter für GVO-Mais für erforderlich. Das Schutzgut Honig erfordert ausserdem weitere Sicherungsmaßnahmen. Angaben zu anderen Pflanzenarten, wie etwa Kartoffeln, fehlen im Gesetzentwurf ganz. Der Anbau nicht koexistenzfähiger Kulturen, wie z.B Raps oder Gräser muss im Gesetz ausgeschlossen werden.

Standortregister

Der neu eingefügte § 16e des Gesetzentwurfs erlaubt Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht und den Regeln der guten fachlichen Praxis für bestimmte GVO. Damit drohen Befreiungen von Gesetzesvorgaben für Saatgut und nachwachsende Rohstoffe. Dies wäre ein klarer Verstoß gegen die EU-Freisetzungsrichtlinie, die für ausnahmslos alle GVO einen Eintrag im Standortregister vorschreibt. Der Passus muss ersatzlos gestrichen werden.

Koexistenzmaßnahmen

Durch private Absprachen sollen Koexistenzmaßnahmen auszuhebeln sein. Privatvereinbarungen, die Koexistenzregelungen (z. B. Mindestabstände) außer Kraft setzen, gefährden die gentechnikfreie Produktion und dürfen deshalb nicht vorgesehen werden.

Die Vorschriften zur guten fachlichen Praxis sind unzureichend

Die Vorgaben zur „guten fachlichen Praxis“ sind unzureichend, sie sind zudem nur in einer rasch änderbaren Verordnung und nicht im Gesetzestext selbst verankert. Der BN fordert, im Gesetzestext festzulegen, dass es zu keinerlei GVO-Eintrag in konventionell und biologisch erzeugte Produkte kommen darf. Außerdem muss eine Ermächtigung zum Abbruch des GVO-Anbaus im Gesetz enthalten sein, falls sich das Ziel Koexistenz als unerreichbar erweist. Der BN fordert regelmäßige verpflichtende Messungen für gentechnische Verunreinigungen, und zwar über die gesamte Produktionskette von der Saatgutproduktion bis zur Verarbeitung. Die Kosten dafür müssen die Verursacher tragen. Es muss sichergestellt werden, dass Pächter landwirtschaftlicher Flä-

chen die Eigentümer über den Anbau genveränderter Pflanzen informieren und eine schriftliche Zustimmung einholen.

Freisetzungen sollen laut Gesetzentwurf begünstigt werden

Das so genannte vereinfachte Verfahren soll zum Standard der Genehmigungsverfahren bei GVO-Freisetzungen werden. Damit wäre nur noch für die erste Freisetzung eines neuen GVO ein Genehmigungsverfahren inklusive einer Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich, alle anderen Freisetzungen würden nur noch nachgemeldet. Vereinfachte Verfahren für Freisetzungen von GVO dürfen nicht etabliert werden, da sie die Komplexität von Umweltbedingungen und regionale Besonderheiten ignorieren. Zudem wird das Beteiligungsrecht der Öffentlichkeit beschnitten.

Fehlende Kostenübernahme stellt Verursacherprinzip auf den Kopf

Die Kostenübernahme für die Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft wird im Gesetzentwurf nicht geregelt.

Diejenigen, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, werden bereits jetzt mit zusätzlichen Kosten in Form von Analysen auf Gentechnikfreiheit und den Aufbau getrennter Erfassungs- und Handelssysteme belastet: Der Einsatz der Gentechnik verteuert die gentechnikfreie Produktion, und die Kosten tragen nicht etwa die GVO-anbauenden Verursacher, sondern die Betroffenen. Der BN fordert, dass Gentechnikbetreiber verpflichtet werden müssen, die Vorsorgekosten der Nichtanwender zu übernehmen.

Werden Labore und andere Einrichtungen zu rechtsfreien Räumen?

Laut neu eingefügtem § 2a sollen „als sicher“ eingestufte GVO von den Regeln des Gesetzes nicht erfasst werden. Dies ist skandalös, denn damit unterliegen sie keiner Risikobewertung, keiner Überwachung und keiner Kennzeichnung mehr – Labore, Gewächshäuser und vielleicht sogar das Gelände von Forschungseinrichtungen werden zu rechtsfreien Räumen. Der Passus muss deshalb ersatzlos gestrichen werden.

Die Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS) soll nur aus einem Gremium bestehen

Bei der Zusammenführung des für gentechnische Arbeiten im geschlossenen System und des für Freisetzungen und Inverkehrbringen zuständigen Ausschusses wird ökologischer Sachverstand, der für die Beurteilung von Umwelteffekten durch GVO erforderlich ist, nicht angemessen berücksichtigt.

Datenbanken fehlen

Um Kontaminationsskandalen wie dem LL601 Reis begegnen zu können, ist die Erstellung einer Datenbank (samt Nachweisverfahren) zu allen in Freisetzungsversuchen getesteten GVO notwendig.

für Rückfragen:

Marion Ruppenaner, BN Referentin für Landwirtschaft

Tel. 0911/81 87 8-20, E-Mail: marion.ruppenaner@bund-naturschutz.de

Dr. Martha Mertens

Diplombiologin, Sprecherin des AK Gentechnik des BN und BUND

Te. 089 – 580 76 93

Fehlender Nutzen und Risiken

Die gentechnische Veränderung von Pflanzen birgt Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt: Neu in transgenen Pflanzen gebildete Stoffe und Eiweiße können toxisch oder allergen wirken, wie am Beispiel eines in Erbsen gebildeten Bohneneinweißes gezeigt wurde, das zu Immunreaktionen bei Mäusen führte. Ein durch den Einbau der Fremdgene möglicherweise veränderter Stoffwechsel kann Qualität und Verträglichkeit der aus transgenen Pflanzen hergestellten Lebensmittel beeinflussen. Vielfältige Effekte von Gentech-Pflanzen auf die Umwelt werden diskutiert, angesichts der Komplexität der Ökosysteme sind sie aber kaum abzuschätzen. Pflanzen mit neuen Resistenzeigenschaften und Inhaltsstoffen wirken sich auch auf andere Organismen aus, die nicht getroffen werden sollen (Nichtzielorganismen). So gefährden die in insektenresistentem Bt-Mais gebildeten Giftstoffe Schmetterlinge wie Schwalbenschwanz und Tagpfauenauge, Effekte auf Nützlinge und das Bodenleben sind nicht ausgeschlossen. Der Anbau von herbizidresistenten Pflanzen beeinträchtigt die Artenvielfalt von Wildpflanzen und der davon lebenden Tiere, wie Studien in England gezeigt haben. Der Herbizidverbrauch nimmt mit dem Anbau derartiger Pflanzen nicht ab sondern zu, nicht zuletzt bedingt durch das Auftreten herbizidresistenter Unkräuter, die mit höheren Dosen und zusätzlichen Spritzmitteln bekämpft werden. Überdies sind gentechnisch veränderte Pflanzen, einmal freigesetzt, praktisch nicht mehr rückholbar, da Wind und Insekten (und auch der Mensch) für die Verbreitung von Pollen und Samen sorgen.

Gentechnik trägt zur Industrialisierung der Landwirtschaft bei und begünstigt intensive Monokulturen. Statt auf einfache Rezepte zu setzen, wie ausgewogene Fruchtfolgen oder Unterpflügen von Ernteresten, um Schädlingsbefall zu vermeiden, werden gänzlich neue Risiken geschaffen. Erfahrungen aus den USA und Kanada belegen, dass über das Patentrecht Farmer immer weiter entrechtet werden, der soziale Zusammenhalt in den Dorfgemeinschaften untergraben wird, und private Konzernpolizeien die Landwirte ausspionieren und unter Druck setzen, Saatgut, Dünger und Pestizidprogramm im Paket abzunehmen, was einer Art moderner Leibeigenschaft entspricht. GVO-Kontamination gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft, bürdet der traditionellen Landwirtschaft neue Kosten auf und verweigert den VerbraucherInnen echte Wahlfreiheit.

Falsche Versprechungen

Die Versprechungen der Agrogentechnik, zu höheren Erträgen und geringerem Pestizideinsatz zu führen, haben sich als hohl entpuppt, ebenso wenig wird sich die Vorstellung, ein komplexes Problem wie der Hunger in der Welt lasse sich durch eine technologische Lösung beheben, bestätigen.

Nichtsdestotrotz sollen mit vermehrtem Aufwand an Steuermitteln Informationskampagnen über Potentiale der so genannten neuen Generation von transgenen Pflanzen gestartet werden. So werden Steuergelder verschleudert, statt auf Förderung und Ausbau umwelt- und gesundheitsverträglicher Landwirtschaft zu setzen.